

G 001**DGB-Bundesvorstand**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses
Angenommen

Ohne Solidarität keine Freiheit. Für gute Arbeit und soziale Sicherheit.

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

1. Sozialstaat Deutschland: Im Prinzip stark

Gute Bildung und Ausbildung, gute und sichere Arbeitsplätze mit existenzsichernden Einkommen sowie ausreichende soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, im Pflegefall, bei Erwerbsminderung und im Alter für Frauen und Männer gleichermaßen – dies sind die elementaren Grundlagen individueller Freiheit, gesellschaftlicher Teilhabe und Wohlstand. Der deutsche Sozialstaat hat diese Freiheit durch eine starke Tarif- und Sozialpartnerschaft, stabile Beschäftigungsverhältnisse, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung sowie die auf dem Solidarprinzip basierenden sozialen Sicherungssysteme jahrzehntelang erfolgreich abgesichert.

Der Sozialstaat zeigt auch und gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise seine Stärken. Die sozialen Sicherungssysteme stehen jedoch nicht erst durch die aktuelle Krise vor einer großen Belastungsprobe. Die Stabilität der Sozialversicherungen, die grundsätzlich bei jedem Wachstumseinbruch unter Druck geraten, wird durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Ausweitung des Niedriglohnssektors zunehmend gefährdet. DGB und Mitgliedsgewerkschaften wollen diesen Trend umkehren und zugleich bestehende Ungerechtigkeiten beseitigen.

Unsichere Arbeit bietet zu wenig soziale Sicherheit

Die größte gesellschaftliche Herausforderung bleibt die Bekämpfung und Vermeidung von Arbeitslosigkeit, Chancengleichheit und Armut. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes hat zu einem deutlichen Rückgang des so genannten Normal-Arbeitsverhältnisses und zu Problemen bei der Existenzsicherung geführt. Heute ist jede/r sechste Beschäftigte akut von Armut bedroht. Durch den boomenden Niedriglohnsektor, in dem zu fast 70 Prozent Frauen arbeiten, nehmen auch die Abhängigkeiten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu. So sind 1,3 Millionen Beschäftigte, davon zuletzt 650.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, zusätzlich auf staatliche Hilfeleistungen der Grundversicherung angewiesen. In der Leiharbeit muss jede/r Achte ergänzende Leistungen in Anspruch nehmen, weil die Löhne nicht zum Leben reichen.

Die verschärften Zumutbarkeitskriterien für Arbeitsuchende, die Deregulierung der Leiharbeit und der geringfügigen Beschäftigung sowie die Einschränkungen beim Kündigungsschutz befördern den Trend zu Lohndumping und prekären Beschäftigungsformen. In dieselbe Richtung wirken die zunehmende Tariffucht von Arbeitgebern und das Tariffumping von Pseudogewerkschaften sowie das Europäische Wettbewerbsrecht bei der öffentlichen Auftragsvergabe. Diese wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen der letzten Jahre schwächen die Sicherungsfunktionen des Sozialstaates und der Tarifautonomie.

Wir müssen heute feststellen: Ein Arbeitsplatz ist nicht mehr selbstverständlich ein Garant sozialer Sicherheit.

Soziale Sicherheit im Wandel

Die Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklungen der letzten Jahre bleiben nicht ohne Folgen für die soziale Sicherung und die Verteilungsgerechtigkeit. Parallel dazu bieten auch die Sozialversicherungen immer weniger sozialen Schutz.

So leistet die Arbeitslosenversicherung in der Regel nur noch 12 Monate lang Arbeitslosengeld. Inzwischen erhält nur noch etwa jede/r dritte Arbeitslose die Versicherungsleistung Arbeitslosengeld. Ein immer größerer Teil muss sie durch Arbeitslosengeld II (ALG II) aufstocken. Bereits vor Ausbruch der Wirtschaftskrise rutschte fast jede/r dritte Beschäftigte bei Jobverlust direkt in das Bedürftigkeitssystem ab. Zudem ist jede/r zehnte Arbeitslosengeldempfänger/in auf ergänzende Hartz-IV-Leistungen angewiesen. Dadurch wächst das Bedürftigkeitssystem – Hartz IV droht zum Lebensalltag für immer mehr Menschen zu werden.

Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit werden, ebenso wie Niedrigeinkommen und Erwerbsminderung, auch fürs Alter nicht ausreichend abgesichert. Aufgrund der Rentenkürzungen und der Strukturveränderungen am Arbeitsmarkt wird es voraussichtlich zu einem bedrohlichen Anstieg von Altersarmut kommen. Immer mehr Versicherten droht im Alter, trotz langer Erwerbsbiografien, eine Abhängigkeit von bedürftigkeitsgeprüften Grundsicherungsleistungen, die die individuelle Lebensleistung in Frage stellt.

Die Tendenzen in Richtung Bedürftigkeitsstaat (Fürsorgestaat), die in der Arbeitslosenversicherung schon heute ausgeprägt sind und sich in der Alterssicherung künftig anbahnen, drohen auch in der Gesetzlichen Krankenversicherung. So führt eine Einführung von einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen (Kopfpauschalen) mit einem staatlich organisierten sozialen Ausgleich dazu, dass die Finanzierung der Gesundheitsversorgung einer großen Zahl von Geringverdiener/innen einer staatlichen Bedürftigkeitsprüfung unterzogen werden muss und den Betroffenen lediglich eine steuerfinanzierte Grundversorgung gewährleistet wird. Zudem führen Kopfpauschalen dazu, dass untere und mittlere Lohngruppen einen immer größeren Teil der Gesundheitskosten selbst bestreiten müssen – sei es über Leistungseinschränkungen, sei es über Zusatzversicherungen, sei es über Zuzahlungen.

Wir müssen heute feststellen: Die Sicherungsfunktion der Sozialversicherungen wurde durch eine Reihe von Leistungskürzungen, die Privatisierung von Leistungen und die schleichende Aufweichung der paritätischen und solidarischen Finanzierung eingeschränkt. Obwohl die soziale Sicherheit abnimmt, haben die Belastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt deutlich zugenommen. Die Arbeitgeber sind hingegen immer stärker entlastet worden. Durch die schleichende Umwandlung von solidarisch organisierter und beitragsfinanzierter sozialer Sicherung in bedürftigkeitsgeprüfte Grundsicherungsleistungen steigt die Gefahr staatlicher Abhängigkeiten. Gleichzeitig werden die finanziellen Handlungsspielräume des Staates zum Ausbau eines vorsorgenden Sozialstaats durch einen wachsenden Grundsicherungsbedarf eingeengt.

Eine solche Entwicklung widerspricht sowohl dem Leistungsgedanken und emanzipatorischen Anspruch des Sozialstaats als auch dem Solidarprinzip und damit den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit.

2. Die Freiheit solidarisch sichern.

DGB und Mitgliedsgewerkschaften stellen sich den Herausforderungen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen. Gewerkschaftliches Leitbild war und ist die Förderung der beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem hohen Maß an sozialer Sicherung.

DGB und Mitgliedsgewerkschaften wollen erreichen, dass alle Menschen die Möglichkeit bekommen, sich mit ihrer Arbeit ein gutes Leben mit sicheren Perspektiven aufzubauen. Die Erwerbsarbeit muss wenigstens die individuelle Existenz sichern und soziale Sicherheit ohne Abhängigkeit von staatlichen Leistungen bieten.

Über die Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung hinaus ist es erforderlich, Lohn- und Sozialdumping und deren Subventionierung zu stoppen, Flexibilität am Arbeitsmarkt besser sozial abzusichern und Missbrauch zu Lasten der Beschäftigten oder der Sozialversicherungen zu unterbinden.

Sozialpolitik ist weit mehr als nur Armutspolitik. DGB und Mitgliedsgewerkschaften wollen erreichen, dass alle Beschäftigten durch solidarisch und paritätisch finanzierte Sozialversicherungen ausreichend sozial abgesichert werden. Um eine Überforderung der Einzelnen, staatliche Abhängigkeiten und Armut zu vermeiden, müssen die Grundlagen der solidarischen Finanzierung von sozialer Sicherung nachhaltig stabilisiert werden. Eine weitere Privatisierung von sozialer Sicherheit ist nicht vertretbar.

DGB und Mitgliedsgewerkschaften fordern und unterstützen dabei den Ausbau der Prävention. Die Vermeidung von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Armut ist Voraussetzung für individuelle Entfaltung, wirtschaftliche Prosperität und soziale Sicherheit. Prävention ist ein Schlüssel zur nachhaltigen betrieblichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung und muss auch von Politik und Arbeitgebern stärker gefördert werden, darf jedoch nicht dazu missbraucht werden, soziale Standards abzusenken.

DGB und Mitgliedsgewerkschaften wollen erreichen, dass Abhängigkeit von staatlicher Fürsorge möglichst überwunden und wieder zur Ausnahme wird. Dazu brauchen wir starke Sozialversicherungen mit sozialem Ausgleich zur Armutsvermeidung.

Gleichzeitig muss Armut auch im Bedürftigkeitssystem vermieden werden. Die Grundsicherung schützt nicht wirksam vor Armut, ihre Regelsätze sind nicht armutsfest. Die besonderen Bedarfe von Kindern für Bildung, soziale Teilhabe und Gesundheit sind nicht ausreichend in den Regelsätzen abgebildet.

Die Regelleistungen bedürfen altersgerecht differenzierter Erhöhungen, bei gleichzeitiger Öffnung für alle außergewöhnlichen Bedarfe, die in die Regelleistungen nicht einbezogen sind. DGB und Mitgliedsgewerkschaften wollen Kinder- bzw. Familienarmut umfassend bekämpfen und setzen bei der Vermeidung von Einkommensarmut auf eine Kombination aus existenzsichernden Löhnen, guten, kostenfreien, öffentlichen Infrastrukturen für Kinder und Jugendliche und besseren, differenzierten Leistungen außerhalb von Hartz IV wie Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld für Familien. Der Lebensunterhalt der Kinder darf nicht durch die Lohnarmut ihrer Eltern eingeschränkt werden.

2.1 Soziale Sicherheit durch Arbeit – Sichere Arbeit für Alle

Die Vollbeschäftigung ist und bleibt Ziel von DGB und Mitgliedsgewerkschaften. Wichtigste innenpolitische Gestaltungsaufgabe bleibt der nachhaltige Abbau der hohen Arbeitslosigkeit. Die Vermeidung von Arbeitslosigkeit ist am besten durch eine offensive Beschäftigungspolitik zu erreichen. Diese muss Maßnahmen in den für den Arbeitsmarkt entscheidenden Politikfeldern (Steuer- und Finanzpolitik, Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik sowie Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik) bündeln.

Mindestens Mindestlohn

DGB und Mitgliedsgewerkschaften fordern Existenz sichernde Löhne. Die Arbeitslosigkeit und die Einführung der Hartz-IV-Gesetze haben das Lohnniveau zunehmend unter Druck gebracht. Darüber hinaus nimmt die Zahl der entsandten Beschäftigten in den letzten Jahren ständig zu. Für sie gelten – sofern keine allgemeinverbindlichen Mindestlöhne verankert sind – die Entgeltregelungen des Landes, in dem ihr Arbeitgeber seinen Sitz hat. Über die bisher geltende Dienstleistungsfreiheit hinaus werden zum 1. Mai 2011 zudem die branchenbezogenen Beschränkungen für Unternehmen aus den meisten neuen EU-Mitgliedstaaten aufgehoben. DGB und Mitgliedsgewerkschaften

fordern eine gesetzliche Grundlage, die ein branchenbezogenes Mindestentgelt auf der Grundlage von Tarifverträgen ermöglicht. Deshalb bedarf es der Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Branchen. Zusätzlich ist ein gesetzlicher Mindestlohn einschließlich der Mechanismen seiner regelmäßigen Anpassung einzuführen. Dieser kommt auch zur Anwendung, wenn in einer Branche keine Tarifverträge greifen. Gerade in der derzeitigen wirtschaftlichen Krise hat die Binnenkonjunktur eine wichtige Stützungsfunktion.

Leiharbeit regulieren

Leiharbeit hat sich nicht als tragfähige Brücke in den ersten Arbeitsmarkt erwiesen. Durch gesetzliche Änderungen muss die soziale Sicherung der Leiharbeiter verbessert werden. Vor allem der Grundsatz der gleichen Bezahlung, das Equal Pay, muss endlich verbindlich durchgesetzt werden. Die Nutzung von Leiharbeit muss sowohl zum Schutz der „Stammbeschäftigten“ als auch der Leiharbeitskräfte sozial flankiert und wirksamer überwacht werden. Hierzu bedarf es einer Ausweitung der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte. Vor allem müssen die Betriebsräte der Entleihunternehmen berechtigt sein, die tarifgerechte Eingruppierung bzw. gesetzeskonforme Vergütung der Leiharbeitskräfte zu überwachen. Darüber hinaus muss der Betriebsrat des Entleihbetriebes im Rahmen von Auswahlrichtlinien Höchstgrenzen für Arbeitnehmerüberlassung im Betrieb durchsetzen können. Wegen der besonderen Missbrauchsmöglichkeiten muss ein Verleih ins Baugewerbe weiterhin untersagt bleiben. Der DGB fordert die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots.

Prekäre Beschäftigung eindämmen

Auch andere Formen prekärer Beschäftigung haben sich nicht als Brücke in den regulären Arbeitsmarkt erwiesen. Die zunehmende Aufsplittung von Arbeitsverhältnissen führt zu steigender Unterbeschäftigung und unfreiwilliger Teilzeit. Armut trotz Arbeit ist oft die Folge. Vor allem junge Menschen, Berufseinsteiger/innen und überdurchschnittlich oft Frauen sind von prekärer Arbeit bedroht. Die Subventionierung von Minijobs in Milliardenhöhe ist ordnungspolitisch problematisch. Vorrangig muss Existenz sichernde Beschäftigung gefördert werden, die den Erhalt vorhandener Qualifikationen befördert statt – wie viele prekäre Beschäftigungsverhältnisse – deren Verfall.

Beschäftigungsfähigkeit fördern

Weiterbildung im Sinne von lebensbegleitendem Lernen wird auf dem Arbeitsmarkt immer mehr zur Schlüsselfrage. Das Tempo von technischen Innovationen und Änderungen in den Arbeitsabläufen nimmt zu. Der wirtschaftliche Strukturwandel dauert an. Gut aus- und weitergebildete Arbeitnehmer/innen sind im internationalen Wettbewerb von zentraler Bedeutung. Zugleich geht es für die Arbeitnehmer/innen um Möglichkeiten zum beruflichen Aufstieg. Vor diesem Hintergrund fordert der DGB einen Ausbau der beruflichen Weiterbildung. Hierzu bedarf es gesetzlicher Rahmenbedingungen, die die Finanzierung der Weiterbildung regeln. An der Finanzierung muss sich neben den Sozialpartnern auch der Staat beteiligen.

Betriebliche Prävention stärken

Die betriebliche Prävention muss verbessert werden. Arbeitsbedingte Erkrankungen lösen enorme volkswirtschaftliche Kosten aus. Schätzungen zufolge beläuft sich das Gesamtvolumen auf über 44 Milliarden Euro im Jahr. Dabei nehmen psychische Erkrankungen aufgrund steigender Anforderungen und Stress am Arbeitsplatz zu. Allein die Gesetzliche Krankenversicherung wird durch arbeitsbedingte Erkrankungen mit 17 Milliarden Euro, die Gesetzliche Rentenversicherung mit 15 Milliarden Euro belastet. Dadurch werden betriebliche Kosten unterlassener Prävention zu Lasten der Sozialversicherungen externalisiert.

Unternehmen, Tarifparteien und Staat müssen – auch im Rahmen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie – die Bekämpfung derartiger Belastungen zum Gegenstand nachhaltiger Strategien machen. Arbeitsbedingte Erkrankungen müssen vermieden werden. DGB und Mitgliedsgewerkschaften fordern eine flächendeckende und umfassende Umsetzung der Gefährdungsbeurteilung unter besonderer Berücksichtigung der psychischen Faktoren. Von großer Bedeutung sind neben der Gewährleistung von Arbeitsplatzsicherheit und ausreichender Entlohnung eine gesundheitsgerechte Arbeitszeitpolitik, die konsequente Umsetzung des Arbeitsschutzes, eine bessere Arbeitsgestaltung im Betrieb und ein Ausbau der betrieblichen Gesundheitsförderung. DGB und Mitgliedsgewerkschaften unterstützen dabei den Ansatz der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie, Ziele, die der Verhütung von Krankheiten und Unfällen dienen, auf nationaler Ebene festzulegen und sie trägerübergreifend zu verfolgen. Hierfür sind insbesondere bei den Ländern die personellen und finanziellen Ressourcen deutlich aufzustocken.

Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verbessern

Die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung ist seit Jahren überdurchschnittlich hoch. Menschen mit Behinderung werden zu selten eingestellt und zu oft nach Erkrankung und erworbener Behinderung aus den Unternehmen gedrängt. Die seit März 2009 in Deutschland rechtsgültige UN-Behindertenkonvention fordert eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben.

Dazu ist es u. a. notwendig, die Beschäftigungspflicht der Unternehmen wieder von fünf auf sechs Prozent zu erhöhen sowie Prävention, Rehabilitation und Wiedereingliederung quantitativ und qualitativ auszubauen.

2.2 Soziale Sicherheit durch Weiterentwicklung der Sozialen Sicherungssysteme

DGB und Mitgliedsgewerkschaften wollen einen effizienten Sozialstaat, bei dem die sozialen Sicherungssysteme ausreichende Sicherheit in hoher Qualität zu angemessenen Beiträgen bieten. Die Sozialversicherungen können und sollen durch die Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, den Ausbau der Prävention sowie eine aufgaben- und ursachenadäquate Finanzierung strukturell entlastet werden. Gleichzeitig muss die solidarische Finanzierungsbasis stabilisiert und erweitert werden.

Die politische Fixierung auf die Lohnnebenkosten zeigt, dass bisher vor allem Entlastungen der Arbeitgeber im Mittelpunkt der Sozialreformen der letzten Jahre standen. Die mittel- und langfristigen Struktur- und Finanzierungsprobleme von sozialer Sicherheit bleiben ungelöst.

DGB und Mitgliedsgewerkschaften wollen die lohnbezogene, paritätische Beitragsfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme stärken und ausweiten. Angesichts der Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse, der Externalisierung von betrieblichen Kosten zu Lasten der Sozialversicherungen und der überproportionalen Belastungen der Versicherten sowie der demografischen Entwicklung muss eine grundlegende Debatte über die Finanzierungsmöglichkeiten der solidarischen Sicherungssysteme sowie die Absicherung und Vermeidung von Arbeitslosigkeit, Bedürftigkeit und Armut geführt werden.

Für die Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme und des Sozialstaates trägt nicht nur der Staat die Verantwortung. Auch die Sozialpartner haben eine wichtige Brückenfunktion zur Vermittlung zwischen gesellschaftlicher und individueller Ebene. Sie tragen zur Selbstorganisationsfähigkeit unserer Gesellschaft bei. Organisiert wird der Sozialstaat im Rahmen der staatlichen Rahmenregelungen durch die soziale Selbstverwaltung. Die soziale Selbstverwaltung ist ein Kernelement der Demokratie und sichert die institutionalisierte Mitbestimmung der Versicherten.

Selbstverwaltung steht für Solidarität und eine bürgernahe sowie wirtschaftliche Versorgung. Die Arbeit der sozialen Selbstverwaltung ist ausgehend von den bewährten Strukturen weiterzuentwickeln und zu stärken.

Arbeitslosenversicherung

DGB und Mitgliedsgewerkschaften wollen Arbeitnehmerpolitik statt bloßer Armuts politik. Dazu ist es erforderlich, die doppelte Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung auszubauen: Schutz vor Arbeitslosigkeit und Schutz vor sozialem Abstieg im Falle von Arbeitslosigkeit.

Mehr finanzielle Sicherheit bei Arbeitslosigkeit

Bei Arbeitslosigkeit muss die Arbeitslosenversicherung wirkungsvoll schützen und ein Abrutschen in Armut unterbinden. Bisher wird nur etwa ein Drittel der Arbeitslosen im Versicherungssystem betreut. Für die Dauer der Wirtschaftskrise schlagen DGB und Mitgliedsgewerkschaften ein Überbrückungsgeld vor, das nach dem Bezug von Arbeitslosengeld für die Dauer eines Jahres gezahlt und je zur Hälfte aus Beiträgen und Steuern finanziert wird. Auch damit wird ein Abrutschen in das Fürsorgesystem vermieden.

Auch Berufseinsteiger/innen und Menschen in prekärer Beschäftigung brauchen den Schutz der Arbeitslosenversicherung. DGB und Mitgliedsgewerkschaften wollen die Rahmenfrist, innerhalb der eine mindestens zwölfmonatige Beschäftigung vorliegt, von jetzt zwei wieder auf drei Jahre verlängern. Der Einbezug von Soloselbständigen in die Arbeitslosenversicherung ist bisher schon eingeschränkt möglich und sollte erweitert werden.

Aktive Arbeitsmarktpolitik erfordert stabile Finanzierung

Bei eingetretener Arbeitslosigkeit muss die Arbeitsvermittlung im Regelfall in der Lage sein, die Wiedereingliederung zu erreichen, bevor ein Abrutschen in das Hartz-IV-System erfolgt. Arbeitslose sollen vom ersten Tag an neben den arbeitsmarktpolitischen Hilfen – wenn erforderlich – auch flankierende soziale Unterstützung insbesondere von kommunaler Seite erhalten. Die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik müssen für eine qualitative, den nachhaltigen Eingliederungserfolg ins Auge fassende Arbeitsförderung ausreichend sein. Sie sollten an die Arbeitslosenzahl geknüpft und durch eine geregelte Steuermittelfinanzierung über Bundeszuschuss und Defizithaftung des Bundes auf eine stabile Finanzierungsbasis gestellt werden. Das Ziel, arbeitslose Frauen entsprechend der Zielförderquoten an arbeitsmarktnahen Instrumenten teilhaben zu lassen, muss noch konsequenter verfolgt werden.

Die Höhe des Beitragssatzes muss den steigenden Anforderungen entsprechen und ordnungspolitisch korrekt sein. Aufgaben der Allgemeinheit wie z. B. schulische Ausbildung müssen über Steuern finanziert werden.

Gute Arbeit fördern

Vermeidung von Arbeitslosigkeit gelingt am besten durch stabile, sozialversicherungspflichtige, Existenz sichernde und gesunderhaltende Beschäftigung. Die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik wie Lohnkostenzuschüsse und Qualifizierung müssen auf eine Verbesserung der Beschäftigungsstruktur ausgerichtet werden. So sollen Lohnkostenzuschüsse in Zukunft nur dann gewährt werden, wenn das Arbeitsverhältnis tariflich bzw. örtlich, mindestens aber mit 8,50 Euro pro Stunde, entlohnt wird. Umgekehrt darf das „Normalarbeitsverhältnis“ durch eine Subventionierung von Niedriglöhnen, Leiharbeit, Ein-Euro-Jobs und Mini-Jobs nicht weiter unterminiert werden.

Gute Arbeit bedeutet auch, das Ziel einer Humanisierung der Arbeitswelt unter den aktuellen Bedingungen und krisenbedingten Herausforderungen neu aufzugreifen, zu interpretieren und umzusetzen. Die Handlungsfelder und

Strukturen der Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) sollten hierfür genutzt werden.

Qualifizierte Förderung statt Arbeitszwang

Die aktuelle Praxis übertriebener „Mitwirkungspflichten“ lehnen DGB und Mitgliedsgewerkschaften ab. Sie entwürdigt und ist in einer Situation chronischen Arbeitsplatzmangels sinnlos. Zumutbarkeitsregelungen und Sanktionsmöglichkeiten müssen sozial- und rechtsstaatlichen Kriterien entsprechen. Deshalb dürfen Arbeitslose nicht gezwungen werden Arbeit anzunehmen, die nicht wenigstens tariflich oder ortsüblich bezahlt wird. Die Zumutbarkeitsregelungen müssen wieder vor Lohndumping schützen anstatt es zu fördern. Die Teilnahme an öffentlich geförderter Beschäftigung sollte grundsätzlich in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen und in der Regel freiwillig erfolgen. Sie soll vor allem dem Erhalt von Qualifikationen und deren Weiterentwicklung dienen.

Berufliche Weiterbildung stärken

Zur Prävention gehören der Erhalt und die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit, die Förderung biografieorientierter Arbeitsplätze sowie das Ermöglichen von Aufstiegschancen insbesondere durch berufliche Weiterbildung.

Die Rückkehr zu mittel- und langfristiger Qualifizierung trägt zu nachhaltig positiven Beschäftigungs- und Einkommenseffekten bei. Die in den letzten Jahren von Gewerkschaftsseite in der Selbstverwaltung der Bundesagentur für Arbeit initiierten Programme für gering qualifizierte und ältere Beschäftigte sollten ausgebaut werden. Bei längerer Beitragszahlung sollte ein Rechtsanspruch auf berufliche Qualifizierung eingeräumt werden. Dies stärkt zugleich das Versicherungsprinzip und erhöht die Akzeptanz der Arbeitslosenversicherung.

Zur Chancengleichheit bei der Betreuung von Arbeitslosen gehört es auch, dass Maßnahmen entsprechend den Bedürfnissen einzelner Zielgruppen gewährt werden. Für alle Arbeitssuchenden muss es, unabhängig von Geschlecht, Alter, Behinderung oder ethnischer Herkunft eine nachhaltige, auf längerfristige Integration ausgerichtete Arbeitsförderung geben.

Arbeitsförderung besser organisieren

Mittelfristig muss die „Achillesferse der deutschen Arbeitsmarktpolitik“, die Trennung in zwei Systeme (Arbeitslosenversicherung und Hartz-IV-System) mit unterschiedlichen Rechten und Pflichten für Arbeitslose, einer verworrenen Mischfinanzierung aus Beiträgen und Steuern und einem institutionalisierten Behördenwirrwarr überwunden werden. Es ist ein Beitrag zur Chancengleichheit, wenn es keine Arbeitslose erster und zweiter Klasse mehr gibt.

Alterssicherung

Die tragende Säule eines solidarischen und nachhaltigen Alterssicherungssystems ist die gesetzliche Rentenversicherung, ergänzt durch eine starke und möglichst flächendeckende betriebliche Altersversorgung. Die kapitalgedeckte Privatvorsorge ist keine Alternative zu diesem System – dies ist spätestens mit der Finanzmarktkrise deutlich geworden.

Die Leistungskürzungen in der gesetzlichen Rentenversicherung und die Flexibilisierung der Erwerbsverläufe führen zu großen sozialen Herausforderungen. DGB und Mitgliedsgewerkschaften wollen eine Reformpolitik in der Alterssicherung, die die Interessen der Versicherten in den Mittelpunkt rückt. Ziel muss sein, für mehr Solidarität und eine bessere Absicherung aller Erwerbstätigen zu sorgen und die Finanzierung der Alterssicherung auf stabilere Beine zu stellen. Damit wird das Vertrauen zurückgewonnen, das jedes Alterssicherungssystem benötigt.

In Zukunft Erwerbstätigenversicherung

Die gesetzliche Rentenversicherung muss – unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Vorgaben – schrittweise zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut werden. Alle Erwerbstätigen werden in den Schutz einbezogen und tragen zu einer solidarischen Alterssicherung bei. Unser Konzept „Eine Rentenversicherung für alle“ trägt nicht nur zur finanziellen, sondern vor allem auch zur sozialen Nachhaltigkeit des gesetzlichen Rentensystems bei, indem sie dessen Legitimation und Akzeptanz stärkt.

Rente muss zum Leben reichen

Die gesetzliche Rentenversicherung muss auch in Zukunft den wesentlichen Anteil des Lebensstandards sichern. Die vom Gesetzgeber beschlossene Absenkung des Rentenniveaus reißt eine zu große Lücke in die Absicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für das Alter und für den Fall der Erwerbsminderung. Dadurch wird die Akzeptanz des gesetzlichen Rentenversicherungssystems gefährdet. Die Aussetzung des Riester-Faktors reicht deshalb bei weitem nicht aus. Zusätzlich fordern DGB und Mitgliedsgewerkschaften die Abschaffung des Nachhaltigkeitsfaktors und den Verzicht auf die Nachholung nicht erfolgter Kürzungen. Das schützt die Rentnerinnen und Rentner davor, immer stärker von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt zu werden und es verhindert, dass die Versicherten immer größer werdenden Sicherungslücken hinterhersparen müssen. Eine starke Rentenversicherung ist auch gleichstellungspolitisch von großer Bedeutung, da die gesetzlichen Renten – einschließlich der Hinterbliebenenversorgung – einen deutlich größeren Anteil an den Alterseinkommen von Frauen als bei Männern ausmachen. Außerdem dürfen die familienpolitischen Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung nicht weiter durch Niveausenkungen entwertet werden.

Altersarmut vermeiden

Die Vermeidung von Altersarmut muss zu einer zentralen Aufgabe der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik werden. Altersarmut ist immer verfestigte Armut, die kaum mehr zu überwinden ist. Deshalb sind präventive Ansätze – gute Arbeit mit anständigen Löhnen und gesundheitsförderlichen Arbeitsbedingungen – von so großer Bedeutung. Dies gilt insbesondere für erwerbstätige Frauen, da sie durchschnittlich die größeren Erwerbsunterbrechungen haben und zu niedrigeren Löhnen arbeiten. Durch die Einbeziehung bislang nicht abgesicherter Erwerbstätiger – insbesondere von Soloselbständigen – in die gesetzliche Rentenversicherung wird ebenfalls Altersarmut vorsorgend bekämpft. Die gesetzliche Rentenversicherung muss für Versicherte mit langjährigen Versicherungsbiografien armutsfest ausgestaltet werden. DGB und Mitgliedsgewerkschaften fordern deshalb die Verlängerung der ‚Rente nach Mindesteinkommen‘ für Zeiten über das Jahr 1992 hinaus, wodurch Zeiten mit Niedrigeinkommen für die Rentenberechnung hochgewertet werden. Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit müssen mindestens mit einem halben Durchschnittsentgelt bewertet werden. Bezieher/innen von Arbeitslosengeld II dürfen nicht länger zum vorzeitigen Renteneintritt mit Rentenabschlägen gezwungen werden. Des Weiteren müssen auch Zeiten der familiären Pflegearbeit stärker als bislang rentensteigernd wirken, damit die Wahrnehmung dieser gesellschaftlich bedeutenden Arbeit nicht zu Sicherungslücken im Alter beiträgt. Durch diese Leistungen des sozialen Ausgleichs kann in einem erheblichen Umfang der Bezug von Grundsicherung und damit Bedürftigkeit im Alter verhindert werden, zudem steigt die Akzeptanz der Beitragspflicht auch bei Versicherten mit geringen Einkommen.

Erwerbsminderung besser absichern

Die Absicherung des Risikos Erwerbsminderung durch die gesetzliche Rentenversicherung muss deutlich verbessert werden. Die zusätzliche Altersvorsorge kann die großen Sicherungslücken für Erwerbsgeminderte nicht auffangen. Erwerbsgeminderte haben deshalb ein sehr hohes Armutsrisiko. Die Kriterien für den Zugang zur Erwerbsminderungsrente müssen den Realitäten auf dem Arbeitsmarkt entsprechen.

Dafür muss älteren Erwerbsgeminderten ein Zugang zur Erwerbsminderungsrente geschaffen werden, wenn sie nur noch leichte Tätigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes verrichten können, vielfältigen Einschränkungen unterliegen und ihnen kein geeigneter Arbeitsplatz angeboten werden kann. Zudem sind die systematisch nicht gerechtfertigten Abschlüsse abzuschaffen, da sich niemand die Erwerbsunfähigkeit freiwillig aussucht. Ein vergleichbares Ergebnis könnte durch eine deutliche Verlängerung der Zurechnungszeiten erreicht werden. Die Arbeitgeber müssen in die Pflicht genommen werden, stärker als bislang präventiv die arbeitsbedingten Ursachen gesundheitlicher Probleme und der Erwerbsminderung anzugehen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch dann eine Erwerbschance zu geben, wenn sie gesundheitlich eingeschränkt bzw. behindert sind.

Rente mit 67

Die Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters wirkt für viele wie eine Rentenkürzung und hat eine starke, nicht zunehmende soziale Schlagseite – insbesondere gering qualifizierte und/oder gesundheitlich eingeschränkte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden häufig weit vor dem Rentenalter aus dem Arbeitsleben ausscheiden müssen. Missglückte Übergänge von Arbeit in den Ruhestand bringen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch hohe Abschlüsse um die Früchte ihrer Arbeit. Deutschland wird möglicherweise auf Jahre hin damit beschäftigt sein, die arbeitsmarktpolitischen Schäden der Finanz- und Wirtschaftskrise zu beseitigen. Angesichts dieser Folgen und in diesem wirtschaftlichen Umfeld lehnen DGB und Mitgliedsgewerkschaften die Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters – wie auch die schrittweise Anhebung der Pensionsaltersgrenze – auf das 67. Lebensjahr weiterhin ab. Wir benötigen flexible, sozialstaatlich abgesicherte Regelungen für den Übergang in den Ruhestand – vor allem für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die durch ihre berufliche Tätigkeit starken körperlichen oder psychischen Belastungen ausgesetzt und deswegen im Alter gesundheitlich beeinträchtigt sind

Einheitliches Rentenrecht in ganz Deutschland

Nach zwanzig Jahren Deutscher Einheit haben wir immer noch Unterschiede in der Rentenberechnung. Dies sorgt für Unzufriedenheit bei den betroffenen Rentnerinnen und Rentnern, aber auch für Ungereimtheiten im Rentenrecht. Deshalb fordern DGB und Mitgliedsgewerkschaften, dass in der laufenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestags ein einheitliches Rentenrecht geschaffen wird, durch das eine Gleichbehandlung der ost- und westdeutschen Versicherten gewährleistet wird. Die Neuregelung darf weder zu Lasten der Beitragszahler/innen noch der Rentner/innen gehen, eventuell anfallende Mehrkosten sind als Vereinigungsfolge aus Steuermitteln zu tragen.

Betriebliche Altersvorsorge stärken

Die betriebliche Altersversorgung kann und muss einen wichtigen Beitrag zu einer guten Versorgung im Alter erbringen. DGB und Mitgliedsgewerkschaften streben eine möglichst flächendeckende Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge an. Die bestehende staatliche Förderung muss erhalten und weiter ausgebaut werden. Dazu sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, die staatliche Förderung zur Vermögensbildung auch für die Altersvorsorge zu nutzen. Die Aufhebung der vollen Beitragspflicht von Betriebsrenten zur gesetzlichen Krankenversicherung würde die Benachteiligung der betrieblichen Altersversorgung gegenüber der privaten zusätzlichen Vorsorge beseitigen und sie als die solidarische und effektivste Form der kapitalgedeckten Altersvorsorge stärken. Eine Erweiterung der Beteiligungsrechte der Betriebsräte bei der Gestaltung betrieblicher Altersversorgung ist notwendig und insbesondere dort von großer Bedeutung, wo keine tarifvertraglichen Regelungen bestehen.

Finanzierung gerecht gestalten

Die Kosten der Alterung der Gesellschaft lassen sich nicht wegreformieren. Die Leistungskürzungen führen nur zur Beitragsentlastung der Arbeitgeber. Die Versicherten tragen die zusätzlichen Lasten weitgehend allein – entweder

durch höhere Beiträge zur zusätzlichen Vorsorge oder durch Einkommensverluste im Alter. Auch die öffentliche Hand wird nicht entlastet, weil zwar geringere Bundeszuschüsse für die Rentenversicherung notwendig werden, aber höhere Kosten für die Riesterförderung und die Grundsicherung im Alter anfallen.

Die Arbeitgeber müssen sich an den Kosten der Alterssicherung – und damit auch an den Kosten der Alterung der Gesellschaft – paritätisch beteiligen. Dies gilt nicht nur für die gesetzliche Rentenversicherung, sondern möglichst auch für die zusätzliche Altersvorsorge. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen von den Arbeitgebern ein gutes Angebot für eine betriebliche Altersversorgung erhalten. Die Mitgliedsgewerkschaften werden sich weiter für ein flächendeckendes Angebot an betrieblicher Altersversorgung einsetzen.

Die Finanzierungsbasis der gesetzlichen Rentenversicherung muss wetterfest gegen Strukturveränderungen auf dem Arbeitsmarkt und bei der Einkommensverteilung gemacht werden. Auch darum muss die Rentenversicherung von einer Versicherung für abhängig beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – unter Beachtung der verfassungsrechtlichen Gegebenheiten – zu einer Versicherung für alle Erwerbstätigen ausgebaut werden. Zudem ist ein angemessen hoher, auf der Basis eines gerechten Steuersystems finanzierter Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung erforderlich. Damit die Folgen des demografischen Wandels nicht von den Versicherten allein, sondern von der gesamten Gesellschaft getragen werden, darf der Anteil der Bundesleistungen an den Rentenausgaben keinesfalls gesenkt werden.

Gesetzliche Krankenversicherung

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) muss auch künftig eine hohe, wohnortnahe Versorgungsqualität in der Fläche gewährleisten und einen solidarischen Ausgleich zwischen Gesunden und Kranken, Jungen und Alten sowie Gut- und Geringverdienenden organisieren. Erforderlich ist eine Konzentration auf Qualität, Transparenz und Wirtschaftlichkeit der Gesundheitsleistungen. Dabei müssen die Menschen mit ihren gesundheitlichen Bedürfnissen im Mittelpunkt stehen. DGB und Mitgliedsgewerkschaften wenden sich dagegen, die gesellschaftliche Spaltung durch die Zwei-Klassen-Medizin weiter zu befördern. Gesundheitspolitik muss Teil der Sozialpolitik bleiben, die auch wirtschaftliche und soziale Ungleichheit bekämpft. Wettbewerb im Gesundheitswesen muss zukünftig ausschließlich dazu dienen, die Qualität und Wirtschaftlichkeit der Versorgung zu verbessern. Dieser Wettbewerb kann nur gerecht betrieben werden, wenn der Morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA) weiter ausgebaut wird und damit zielgenauer die Beiträge verteilt werden. Die private Krankenversicherung muss in den Finanzausgleich einbezogen werden.

Versorgungsqualität steigern

Um Unter-, Über- und Fehlversorgung zu vermeiden, ist vor allem die Durchsetzung der integrierten Versorgung als Regelversorgung – auf dem Wege einer besseren Verzahnung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung – nötig. Anreize für eine bessere Versorgungsqualität sollen durch qualitätsbezogene Zu- und Abschläge bei der Vergütung der Leistungserbringer erhöht werden. Dort, wo die ambulante Versorgung durch niedergelassene Ärzte nicht sichergestellt werden kann, sind Krankenhäuser generell dafür zu öffnen. Angesichts der seit Jahren steigenden Belastungen für Versicherte wollen DGB und Mitgliedsgewerkschaften eine Debatte um eine entsprechende Verbesserung des Versorgungsniveaus anstoßen. Ein erster Schritt wäre die Anhebung des Versorgungsniveaus für Kinder und Jugendliche auf das Niveau der medizinischen Leistungen nach SGB VII. Dagegen entziehen Elemente, wie die Auszahlung von Boni oder Prämien, der Solidargemeinschaft finanzielle Mittel.

Prävention stärken

Eine hohe Versorgungsqualität muss ergänzt werden durch den Ausbau der Gesundheitsförderung und der Primärprävention sowie die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes. DGB und Mitgliedsgewerkschaften unterstützen ein Präventionsgesetz, das den Herausforderungen der Arbeitswelt gerecht wird und Armut von Kindern und Jugendlichen entgegenwirkt. An der Finanzierung von Prävention müssen sich neben den Sozialversicherungen auch Bund, Länder und Kommunen angemessen beteiligen. Wichtig ist dabei auch ein gesellschaftlicher Konsens über die Definition von Zielen der Gesundheitsförderung und Prävention.

Solidarische Finanzierung ausbauen

Zur Beitragsfinanzierung der GKV sehen der DGB und Mitgliedsgewerkschaften keine Alternative. Nur durch eine Ausweitung der solidarischen Finanzierungsgrundlagen ist eine nachhaltige Teilhabe am medizinisch-technischen Fortschritt für Alle am besten gesichert.

DGB und Mitgliedsgewerkschaften setzen sich auch weiterhin dafür ein, dass der solidarisch finanzierte Leistungskatalog der GKV den anerkannten medizinischen Standards entspricht, eine hochwertige Versorgung für alle ermöglicht und keinesfalls ausgedünnt wird.

Zudem müssen gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die von der GKV wahrgenommen werden, vollständig über Steuern finanziert werden. Defizitäre staatliche Haushalte dürfen nicht zulasten der GKV-Beitragszahlerinnen und Beitragszahler entlastet werden. Beispielsweise muss – vor einer ernsthaften Diskussion über einen anderen Weg der Krankenhausfinanzierung – der sog. Investitionsstau der Bundesländer beziffert werden, um zu vermeiden, dass wieder die Versicherten zugunsten der öffentlichen Haushalte belastet werden. Die schleichende Monistik, d. h. die klammheimliche Überwälzung der Investitionskosten auf die Krankenkassen, lehnen DGB und Mitgliedsgewerkschaften ab.

DGB und Mitgliedsgewerkschaften lehnen einen Systemwechsel in der Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in Richtung Kopfpauschale entschieden ab. Einkommensunabhängige Arbeitnehmerbeiträge führen zu einer Entsolidarisierung, neuen Ungerechtigkeiten und – nicht zuletzt bei einer Deckelung der Arbeitgeberbeiträge – zu einer drastischen Belastungswelle für die Versicherten. Die Einführung einer bedürftigkeitsgeprüften Finanzierung der Krankenversicherung für Geringverdiener würde Millionen Menschen zu abhängigen Bittstellern des Staates herabwürdigen. Ein Hartz IV-ähnliches Grundsicherungssystem für die gesetzliche Krankenversicherung lehnen DGB und Mitgliedsgewerkschaften entschieden ab. Der gesetzliche Leistungskatalog, der Grundsatz der Bedarfsgerechtigkeit und das Sachleistungsprinzip in der gesundheitlichen Versorgung dürfen nicht in Frage gestellt werden.

DGB und Mitgliedsgewerkschaften fordern eine gerechte und solidarische Lastenverteilung. Zusatzbeiträge, Kopfpauschalen oder Gesundheitsprämien, mit denen die Versicherten die Kostensteigerungen künftig allein tragen müssten, lehnen DGB und Mitgliedsgewerkschaften ab. Das gilt auch für weitere Privatisierungen wie zum Beispiel eine Ausweitung der Festbetrags- und Mehrkostenregelungen, durch die das Überforderungsrisiko der Einzelnen steigt und die soziale Spaltung weiter zunimmt.

DGB und Mitgliedsgewerkschaften lehnen eine schleichende Aushöhlung der solidarischen Beitragsfinanzierung durch Sonderbeiträge und Zusatzbeiträge der Versicherten sowie Praxisgebühren und Zuzahlungen der Patientinnen und Patienten ab.

In Zukunft Bürgerversicherung

Für die zukünftige Finanzierung hochwertiger Gesundheitsleistungen schlagen DGB und Mitgliedsgewerkschaften die Bürgerversicherung mit einem Zwei-Säulen-Modell vor. In der ersten Säule werden dabei Beiträge auf die Arbeitsein-

kommen und daraus abgeleitete Einkommen erhoben. Arbeitgeber müssen dabei wieder ihren paritätischen Beitrag leisten. Sonderbeiträge oder Zusatzbeiträge für Versicherte entfallen. Daneben soll eine zweite Säule eingeführt werden, mit der Zins- und Kapitaleinkünfte zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung einbezogen werden. Durch angemessene Freibeträge wird dabei sichergestellt, dass Sparer nicht überfordert werden und die Altersvorsorge nicht zusätzlich belastet wird. Im Rahmen dieser Steuerlösung entfällt eine Beitragsbemessungsgrenze für Einkünfte aus Kapitalvermögen.

Die Bürgerversicherung nach DGB-Modell versichert alle Bürgerinnen und Bürger. Die Versicherungspflichtgrenze wird aufgehoben. Familienangehörige ohne eigenes Einkommen bleiben beitragsfrei mitversichert. Bisherige PKV-Kunden genießen Bestandsschutz. Beamte, die PKV-Kunden sind, erhalten ein Wahlrecht für die Bürgerversicherung. Dabei übernehmen die öffentlichen Arbeitgeber die Beiträge zur GKV. Bei einem Wechsel von der PKV ist die völlige Portabilität der Altersrückstellungen einzuführen. Die Honorierung der niedergelassenen Ärzte wird auf Niveau der GKV harmonisiert. Der morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich darf nicht in Frage gestellt werden.

Der solidarische Lastenausgleich in der Krankenversicherung muss bereits kurzfristig verbessert werden. Dazu muss der Gesundheitsfonds zu 100 Prozent solidarisch finanziert werden. Dazu gehört, dass Arbeitgeber den gleichen Beitrag zahlen wie die Versicherten und die PKV in den Solidarausgleich einbezogen wird. Über eine Ausweitung der Steuerzuschüsse ist zu gewährleisten, dass sich auch Vermögende an krisenbedingten Defiziten beteiligen. Da der Bund die Verantwortung für die Finanzausstattung des Gesundheitsfonds trägt, muss der Staat im Falle der Unterdeckung des Fonds für das Defizit haften. Es ist unmöglich, Defizite infolge wirtschaftlicher Krisen oder ungünstiger Mitgliederstrukturen allein über die (grundsätzlich notwendige) Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Krankenkassen auszugleichen.

Um Mehrbelastungen der GKV durch gesamtgesellschaftliche Aufgaben zu vermeiden, müssen zusätzlich übertragene gesellschaftspolitische Aufgaben, wie der Impfschutz und Beiträge für ALG-II-Bezieher, durch entsprechende steuerfinanzierte Beiträge des Staates gedeckt werden.

Arbeitgeber paritätisch beteiligen – Kopfpauschalen verhindern

Ein Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags lehnen DGB und Mitgliedsgewerkschaften entschieden ab, weil dann sowohl alle Kostensteigerungen im Gesundheitswesen als auch Einnahmeausfälle ausschließlich von den Versicherten zu tragen wären. Die Folge wäre eine stetige Erhöhung der individuellen Belastung der Versicherten über einen zusätzlichen Arbeitnehmerbeitrag oder eine Kopfpauschale. Auch eine zusätzliche Mehrbelastung der GKV-Mitglieder durch eine einseitige Erleichterung der Wechselmöglichkeiten in die PKV ist zu vermeiden.

Arbeitgeberverbände und Mitgliedsgewerkschaften tragen über die Verwaltungsräte erhebliche Verantwortung in der sozialen Selbstverwaltung der GKV. Sozialpartnerschaft kann jedoch nur auf gleicher Augenhöhe gerecht gelebt werden. Auch deshalb ist zur paritätischen Finanzierung der GKV zurückzukehren.

Soziale Pflegeversicherung

Das 2008 in Kraft getretene Pflege-Weiterentwicklungsgesetz hat die Beseitigung wichtiger Defizite im Bereich der Pflege angepackt und Wege für die strukturelle Weiterentwicklung und kontinuierliche Verbesserung der Pflegequalität eröffnet. Hervorzuheben sind die Verbesserung der Situation demenzkranker Menschen, Erleichterungen für pflegende Angehörige, Einführung eines Rechtsanspruchs auf Pflegeberatung sowie Einführung von Pflegestützpunkten, häufigere und verbesserte Qualitätsprüfungen, Dynamisierung der Leistungen und Erleichterung der Wahrnehmung von Rehabilitation. Der DGB erwartet, dass die verschiedenen Reformmaßnahmen regelmäßig evaluiert und

sichtbar werdende Mängel zeitnah beseitigt werden.

In Zukunft Bürgerversicherung Pflege

Eine dauerhafte Sicherung der solidarischen Finanzierung der Pflege wurde bislang nicht erreicht. DGB und Mitgliedsgewerkschaften fordern die Einführung der Bürgerversicherung in Gestalt einer einheitlichen Gesetzlichen Pflegeversicherung. Mit einer einheitlichen rechtlichen Grundlage für die Leistungen der Pflegeversicherung sowohl für die private wie für die soziale Pflegeversicherung im SGB XI ist der Weg dahin schon vorgezeichnet. Als Einstieg ist mindestens dafür Sorge zu tragen, dass ein finanzieller Ausgleich zwischen beiden Bereichen stattfindet. Zurückzunehmen ist auch die einseitige Belastung Versicherter ohne Kinder (durch das „Kinder-Berücksichtigungsgesetz“ 2004). Die sozialpolitische Anerkennung der Kindererziehung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss als familienpolitische Leistung bewertet werden, folglich müssen dafür Steuermittel genutzt werden. Eine weitere Einschränkung der solidarischen Finanzierung durch Kopfpauschalen oder kapitalgedeckte Eigenvorsorge lehnen DGB und Mitgliedsgewerkschaften ab.

Offensive für mehr Qualität in der Pflege

Dringend notwendig sind Maßnahmen, die von Qualifizierung bis Bezahlung professioneller pflegerischer Tätigkeit ihrer gesellschaftlichen Bedeutung und Beanspruchung gerecht werden. Dazu ist es insbesondere erforderlich, endlich ein bundesweit einheitliches qualifiziertes Verfahren zur Ermittlung des Pflegebedarfs verbunden mit einer Personalbemessung einzuführen. DGB und Mitgliedsgewerkschaften erwarten, dass möglichst zeitnah die Ergebnisse des ‚Beirats zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs‘ umgesetzt werden. Der Beirat hatte mit einem umfassenden Pflegebegriff die Grundlage dafür gelegt, dass die systematische Ausgrenzung von Personengruppen beendet wird. Einsparungen an dieser Stelle sind gesellschaftlich nicht vertretbar.

Gesetzliche Unfallversicherung

Bedingt durch ihre Sonderstellung als Haftpflichtversicherung der Unternehmen muss es auch zukünftig bei der alleinigen Finanzierung der Gesetzlichen Unfallversicherung durch die Arbeitgeber bleiben. Die rückwirkende Umlagefinanzierung und der Lastenausgleich zwischen den Trägern haben sich bewährt. Staatliche Zuschüsse sind somit auch zukünftig nicht nötig.

Die Prävention ist neben den Versicherungsleistungen das Kerngeschäft der Gesetzlichen Unfallversicherung. Ein vorausschauendes Einstellen auf neue Präventionsanforderungen, so zum Beispiel alters- und altersgerechtes Arbeiten, veränderte Arbeitsformen oder Beschäftigungsverhältnisse sind notwendig, um den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden. Dabei muss die Verhinderung arbeitsbedingter Erkrankungen noch deutlicher in den Mittelpunkt gerückt und die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren verbessert werden.

Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften sprechen sich sehr deutlich gegen Eingriffe in den Leistungskatalog des SGB VII und damit geplante Einsparungen aus. Die besonderen Rehabilitationsleistungen müssen erhalten und Wegeunfälle weiterhin versichert bleiben. Bei der Anerkennung von Berufskrankheiten sind Beweiserleichterungen bei fehlender Gefährdungsbeurteilung gemäß Arbeitsschutzgesetz anzustreben.

Die zweigliedrige paritätische Selbstverwaltung (Vorstand und Vertreterversammlung) bei den einzelnen Trägern und dem Spitzenverband in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins gilt es zu erhalten.